

Riesenradplatz: Anzeige bei der Staatsanwaltschaft

Prater - Nach den Finanzstreitigkeiten um den Riesenradplatz wollen die Grünen jetzt Anzeige in Form einer Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft erstatten. Wie berichtet, ist der Generalunternehmer des Riesenradplatzes, Explore 5D, seit Mai insolvent. Die ausführenden Firmen fürchten jetzt um ihr Geld.

Ausgleich „Es ist absehbar, dass die beteiligten Unternehmer nicht auf das Ausgleichsangebot Ende Juli einsteigen werden. Nur 40 Prozent des vereinbarten Entgelts über zwei Jahre zu erhalten, bedeutet für einige Unternehmen das Ende. Deshalb gilt es schon jetzt zu klären, wie viele Rechnungen noch offen sind“ sagt die Planungssprecherin der Grünen Wien, Sabine Gretner.

Zuvor hatte Vizebürgermeisterin Grete Laska (SP) erstmals konkrete Zahlen zu den Kosten des Pratervorplatzes auf den Tisch gelegt. Von dem 32-Millionen Gesamtbudget würden die Bauleistungen 28,1 Mil-

lionen ausmachen, 20,2 Millionen seien davon bereits ausbezahlt. 7,9 Millionen seien noch vorhanden, könnten aber auf Grund des derzeit laufenden Ausgleichsverfahrens gegen den Generalunternehmer Explore 5D nicht ausbezahlt werden. Wie die Opposition auf die kolportierten 15 fehlenden Millionen Euro komme, kann man sich im Büro Laska nicht erklären.

Zweckwidrig Den Grünen erscheint der angeblich bereits ausbezahlte Teil der Baukosten von 20,2 Millionen Euro sehr hoch für das bisher gelieferte Ergebnis und die bekannten noch offenen Beträge der Subunternehmer. Die Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft soll klären, wofür das bereitgestellte Geld genau verwendet wurde. Nach den Aussagen der Immoconsult sei auch „zweckwidrige Verwendung der Mittel“ ein Grund für die Auflösung des Vertrags mit der Explore 5D gewesen.

- Barbara Mader